



Beschlussvorlage 2018/474	Referat	Kommunalreferat
	Abteilung	Abt. 10, Kommunalreferat
	Verfasser(in)	

Gremium	Termin	Vorlagenstatus
Stadtrat	13.12.2018	öffentlich

Plastikarme Beschaffungen in der Stadtverwaltung Friedberg

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei Beschaffungen der Stadt, die beschaffende Stelle dahingehend zu verpflichten, zu prüfen, ob das zu beschaffende Produkt auch plastikfrei oder plastikarm zu erhalten ist und eine Abwägungsentscheidung zu treffen, ob diesem nach Möglichkeit unter rechtlichen Gesichtspunkten sowie nach Kosten- und Praktikabilitätsgesichtspunkten der Vorzug zu geben ist.

anwesend:	für den Beschluss:	gegen den Beschluss:
-----------	--------------------	----------------------



Sachverhalt:

Bündnis 90/Die Grünen haben beantragt, dass die Stadtverwaltung und die Stadtwerke bei der Beschaffung auf plastikarmen/plastikfreien Einkauf achten sollen. Dieser Antrag wurde im Stadtrat am 19. April 2018 behandelt. Es wurde entsprechend §31 der Geschäftsordnung beschlossen, den Antrag inhaltlich durch die Verwaltung zu prüfen und dem Stadtrat erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verwaltung hat die Thematik innerhalb der Verwaltung und durch Recherche bei anderen Städten und Verwaltungen geprüft.

Danach kann folgendes festgestellt werden.

Wie im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ausgeführt, belasten Plastikprodukte und Plastikverpackungen in erheblichem Umfang die Umwelt. Daher beschäftigen sich viele Menschen, Institutionen und die Politik mit dem Thema Plastikvermeidung.

Das EU-Parlament

So hat das EU-Parlament am Mittwoch, den 24.10.2018 für ein Verbot von Plastik-Wegwerfprodukten gestimmt. Die EU will langfristig Wattestäbchen, Einweggeschirr und andere Wegwerfprodukte aus Plastik verbieten.

Mit einem Verbot vieler Einwegprodukte aus Plastik und einer Recyclingquote für Plastikflaschen will die EU die Verschmutzung der Ozeane eindämmen. Einem entsprechenden Vorschlag der [EU-Kommission](#) stimmte das Europaparlament in erster Lesung zu. Die Parlamentarier fordern außerdem, dass die Mitgliedstaaten den Verbrauch bestimmter Einwegprodukte wie Plastikbecher bis 2025 um ein Viertel senken müssen - etwa über Preiserhöhungen oder Werbung für Alternativen.

Die EU-Kommission hatte im Mai einen Vorschlag zur Eindämmung von Plastikmüll vorgelegt. Die EU-Abgeordneten verschärften diese Ideen nun zum Teil - etwa mit den verbindlichen Reduktionszielen und mit einer längeren Liste von verbotenen Plastikprodukten. Dieses gilt vor allem für Wegwerf-Plastikprodukte, die nur einmal benutzt werden und für die es aus Sicht der EU-Kommission bereits Alternativen gibt:

1. Trinkhalme
2. Plastikbesteck
3. Plastikteller
4. Luftballonstäbe
5. Rührstäbchen für den Kaffee
6. Dünne Plastiktüten
7. Wattestäbchen
8. Verpackungen aus erweitertem Polystyrol: Aufgeschäumte Kunststoffe, wie man sie zum Beispiel von den weißen Boxen für Essen zum Mitnehmen kennt.
9. Oxo-abbaubares Plastik: Herkömmliches Plastik, das sich, laut Herstellern, später selbst zersetzen soll. Damit dieser Zerfallsprozess in Gang gesetzt wird, werden den Materialien Metalle beigemischt.



Zudem sollen weitere Maßnahmen gegen Plastikmüll auf den Weg gebracht werden:

- Plastikprodukte, für die es noch keine guten Alternativen gibt, sollen reduziert werden. Das gilt vor allem für Lebensmittelbehälter wie Obst- und Gemüseverpackungen, Dessert- und Eisboxen oder Boxen für Sandwiches.
- Bis 2025 sollen alle Mitgliedstaaten mindestens 90 Prozent aller Plastikflaschen fürs Recycling sammeln – etwa mit Hilfe eines Einwegpfands wie in Deutschland.
- Laut dem Vorschlag sollen plastikhaltige Zigarettenfilter bis 2030 um 80 Prozent reduziert werden. Ein einziger kunststoffhaltiger Zigarettenstummel kann bis zu 1.000 Liter Wasser verschmutzen.
- Hersteller von Einwegverpackungen und Fischernetzen mit Plastikkomponenten sollen sich künftig an den Kosten für das Säubern der Umwelt beteiligen. Bisher werden die Kosten vom Steuerzahler und der Tourismusbranche getragen.
- Laut EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger ist sogar eine Plastikmüllabgabe im Gespräch: Demnach soll jeder Mitgliedstaat pro Kilogramm nicht recyceltem Plastikmüll eine Abgabe von 80 Cent zahlen.

Als nächstes müssen sich EU-Kommission, Europaparlament und die Mitgliedstaaten auf den endgültigen Gesetzestext einigen. Das geschieht in den kommenden Monaten im sogenannten Trilog-Verfahren.

Wird, wie geplant, eine Einigung im kommenden Jahr erzielt, müssten die Staaten die neuen Regeln bis 2021 umsetzen. Dazu müssen die Staaten die Richtlinie nach der Verabschiedung noch in eigene nationale Gesetze umsetzen.

Initiativen

Im Internet finden sich zahlreiche Initiativen und Verbände, die sich dem Thema Plastikfreie Welt widmen. So findet man auch viele Tipps, wie im privaten Haushalt und im Büro Plastik reduziert werden kann. Vieles zielt dabei auf die Verpackungswut in Supermärkten und im übrigen Einzelhandel. Viele Vorschläge sind dabei auch für die Verwaltungen relevant.

Kommunen

Sucht man im Internet unter dem Begriff plastikfreie Stadt, so zeigt sich, dass die Städte sich in erster Linie um die Reduzierung von Plastiktüten im Einzelhandel bemühen.

Auf lokaler Ebene wird in Deutschland vor allem auf die Selbstverpflichtung des Einzelhandels gesetzt. Städte wie Kiel, Münster, Osnabrück, Leipzig und Düsseldorf wollen „plastiktütenfrei“ werden. Des Weiteren gibt es bereits vielfach die Einführung von einem [Mehrweg-System für Kaffeebecher](#), um der „Coffee-to-go-Kultur“ entgegenzuwirken. Auch in vielen Friedberger Cafés kann man bereits seinen eigenen Becher mitbringen und so seinen Kaffee umweltfreundlich genießen (näheres hierzu auf der Internetseite des Landratsamtes: https://lra-aic-fdb.de/landratsamt/fachbereiche/abteilung-6-umweltschutz/kommunale-abfallwirtschaft/aktuelles/estr1_recup-1.pdf)



Fürstenfeldbruck wollte schon 2013 zur ersten plastiktütenfreien Kommune in Bayern werden. In Pfaffenhofen gibt es die amtliche Stadt-Einkaufstasche.

Gemeinsam ist dabei die Freiwilligkeit, auf die gesetzt wird.

Ein Verbot von Plastiktüten gibt es in Deutschland nicht. Das Bundesumweltministerium setzt vielmehr ebenfalls auf eine freiwillige Mitarbeit des Handels. Plastiktüten sollen an der Kasse nur noch gegen Geld erhältlich sein. Viele Unternehmen des Einzelhandels kommen dem schon nach. Die Gratis-Plastiktüte ist auf dem Rückzug. Verpflichtend ist dies bislang jedoch nicht.

Auch der Einsatz von Mehrwegbecher überlässt der Gesetzgeber dem Kunden freiwilliger Weise.

Das Thema „Mehrwegbecher“ ist Gegenstand weiterer politischer Anträge und wird in einer eigenen Sitzungsvorlage behandelt.

Ergebnis:

Das Problem von Plastik als Umweltproblem ist weitgehend erkannt. Während die EU erste Schritte zu Plastikverböten geht, setzt man in Deutschland noch auf Freiwilligkeit.

Einigkeit besteht auch darüber, dass eine plastikfreie Gesellschaft derzeit Illusion ist, dass es aber viele Möglichkeiten zur Plastikvermeidung gibt.

Erster wichtiger Schritt ist sicher, hierfür bei den Einzelnen ein Bewusstsein zu schaffen, also über Plastikvermeidung nachzudenken.

Die Stadtverwaltung plant bereits für nächstes Jahr beispielsweise Trinkwasserspender in den Verwaltungsgebäuden und auch im Sitzungssaal aufzustellen und Glaskaraffen und Trinkgläser bereitzustellen. Dadurch kann auf die bisherigen Plastikwasserflaschen verzichtet werden und es entstehen neben der einmaligen Investition keine laufenden Mehrkosten.

Die Verwaltung hat auch Kontakt zu anderen Städten wie z.B. Augsburg aufgenommen und dadurch sowie durch Informationen aus dem Internet verschieden Anbieter und Umweltgütezeichen ermittelt, die eine nachhaltige Beschaffung ermöglichen.

Für die Zukunft ist beabsichtigt, die Mitarbeiter für dieses Thema zu sensibilisieren und sich mit anderen Kommunen über gute Ideen auszutauschen.

Die Verwaltung schlägt vor, bei Beschaffungen der Stadt, die beschaffende Stelle zu verpflichten, zu prüfen, ob das zu beschaffende Produkt auch plastikfrei oder plastikarm zu erhalten ist und eine Abwägungsentscheidung zu treffen, ob diesem nach Möglichkeit unter rechtlichen Gesichtspunkten sowie nach Kosten- und Praktikabilitätsgesichtspunkten der Vorzug zu geben ist.

In der Regel entstehen allerdings durch umweltfreundlichere Produkte höhere Beschaffungskosten.



Beispiele:

So kosten die Stadt Standard**kugelschreiber** mit wechselbarer Mine (50 Stück) 9,50 Euro (=0,19 Ct/Stck), während vergleichbare Holzkugelschreiber (50 Stück) 56 Euro (=1,12 Ct/Stck) kosten also um fast 500% mehr. Dazwischen wären vorstellbar Kugelschreiber mit biogenem Anteil von mindestens 70% z.B. BIO-MIX aus Recycling-Karton, die für ca. 0,50 Ct/Stck und damit für 160% Mehrkosten beschafft werden können. Zwischenlösungen könnten auch nachfüllbare Kugelschreiber oder aufziehbare Füller sein.

Holzlineale kosten gegenüber Plastiklinealen (0,18 Ct/Stck) mit 1,29 Euro/Stck ebenfalls über 600% mehr.

Papierkorb aus Plastik sind für 2,19 Euro zu haben, während ein Papierkorb in vergleichbarer Größe beim gleichen Anbieter aus Metall 12,19 Euro und damit rund 450 % mehr.

Die Beispiele beim Bürobedarf zeigen, dass die plastikfreien Produkte deutlich teurer sind und es Möglichkeiten gibt zumindest umweltfreundlichere Produkte wie Biokunststoffe zu verwenden.

Die Verwaltung bittet durch den vorliegenden Beschlussvorschlag ihr die Möglichkeit einzuräumen, im Einzelfall zu entscheiden, ob die Beschaffung plastikfrei oder mit umweltfreundlichen Produkten erfolgt oder ob fehlende Haushaltsmittel oder Praktikabilitätsgründe dagegen sprechen und ihr so das Vertrauen auszusprechen. Es kann nur im Einzelfall nach Praktikabilität, Kosten und rechtlichen Gesichtspunkten abgewogen werden, ob das plastikfreie Produkt dem Plastikprodukt vorzuziehen ist. Hierzu lassen sich nur schwer verallgemeinernde Vorgaben formulieren.